

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	15.01.2015
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender	19.01.2015

Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 4.5 (3369/2014 - Bericht der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.11.2014

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 27.11.2014 wurde der Bericht der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (3369/2014) vorgestellt.

Frau Woller dankte für den Bericht und stellte folgende Fragen:

- wird die GAYCOM auch nächstes Jahr in Köln durchgeführt,
- wie viele Personen nehmen die Beratung der Dienststelle in Anspruch und lasse sich dies nach Verwaltungsintern und Verwaltungsextern aufschlüsseln,
- welche Hilfen seien für Lesben, Schwule und Transgender Flüchtlinge geplant.

Die Verwaltung antwortete, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Antwort der Verwaltung:

- Die GAYCOM ist eine Tagung kommunalpolitischer Vertreterinnen und Vertreter und der Landesregierung. Ziel ist der Austausch zur Politik für Lesben, Schwule und Transgender in NRW. Die Veranstaltung fand im September 2014 bereits zum 11. Mal statt; auf Einladung des Oberbürgermeisters konnte sie im Ratssaal durchgeführt werden.

Das kommunalpolitische Vernetzungstreffen wird jährlich von der LAG Lesben in NRW und dem Schwulen Netzwerk NRW koordiniert. Diese beiden Organisationen entscheiden über den Austragungsort der Veranstaltung. Dabei wird darauf geachtet, dass alle Großstädte in NRW berücksichtigt werden.

Die Stadt Köln hat sich für die Austragung der Tagung im Jahr 2015 nicht beworben. Nach Auskunft des Schwulen Netzwerks NRW wird sie voraussichtlich im Herbst 2015 in Münster stattfinden.

- Die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender erfüllt eine Ombuds-, Beratungs- und Wegweiserfunktion innerhalb der Stadtverwaltung. Für Bürgerinnen und Bürger dient die Fachstelle als erste Anlaufstelle; Ratsuchende werden an die zuständigen städtischen Dienststellen und die freien Träger weiter geleitet. Die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern werden nicht quantitativ erfasst. Sie werden – je nach Anliegen – an die genannten Stellen weiter geleitet. So werden beispielsweise adoptionswillige Paare an das Jugendamt verwiesen. Paare mit dem Wunsch, eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, werden bei ihrem Vorhaben unterstützt. Darüber hinaus dient die Fachstelle als Ansprechpartnerin für andere Kommunen und Behörden, die Informationen über die städtische LSBTI-Politik wünschen.

Der größte Teil der Beratungen findet verwaltungsintern statt. Die anderen Dienststellen der Stadtverwaltung werden hinsichtlich gleichgeschlechtlicher Lebensweisen – vor allem bei Fragen, die die StadtAG LST betreffen – beraten. Die verwaltungsinterne Zusammenarbeit soll durch die Wiedereinführung des verwaltungsinternen Arbeitskreises im Jahr 2015 intensiviert werden.

Auch die in der Stadtarbeitsgemeinschaft vertretenen Organisationen und Selbsthilfegruppen werden von der Fachstelle im Umgang mit der Verwaltung beraten. So nehmen die Mitarbeitenden in der Fachstelle für LST regelmäßig an den Vorbereitungssitzungen zu den Sitzungen der StadtAG LST teil und informieren sie dort über den Fortgang der in die Verwaltung eingebrachten Themen. Zusätzlich wird dort der Umgang mit städtischen und gesetzlichen Regelungen in den entsprechenden Gremien erörtert.

- Flüchtlinge, die dem Personenkreis der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender angehören, haben in ihren Heimatländern oft mehrfache Diskriminierungserfahrungen gemacht. Dabei haben sie vielfach auch staatliche Gewalt und homophobe Ausgrenzung erlebt.

Für die Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender wurde das Thema „Flüchtlinge“ auf die Tagesordnung genommen, wo es gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Mitgliedsorganisationen diskutiert werden soll.

Ziel der Fachstelle ist es, die Flüchtlinge aus dem LSBT-Bereich bei ihrer Ankunft zu unterstützen und gemeinsam mit den Organisationen der Community nach Lösungen für Probleme, die auch hier entstehen können, zu suchen. So ist es beispielsweise möglich, dass Paare in getrennten Einrichtungen untergebracht werden, da in vielen Ländern nicht die Möglichkeit besteht, eine eingetragene Lebenspartnerschaft oder eine Ehe einzugehen, sie sich aber wegen ihrer Diskriminierungserfahrungen im Umgang mit der Staatsgewalt nicht wagen, sich den örtlichen Behörden zu öffnen. Der Infolyer der Fachstelle steht seit Dezember 2014 auch in englischer Sprache zur Verfügung. Er soll im Kommunalen Integrationszentrum und evtl. auch in Flüchtlingsunterkünften angeboten werden.

Gez. Reker